

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 90 (2015)
Heft: 1

Artikel: Wien : die Schweiz tickt anders
Autor: Winkler, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-714932>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wien: Die Schweiz tickt anders

Im Juni 1971 unterschrieben rund 1700 von den damals 2267 Berufsoffizieren des Österreicher Bundesheers einen Brief an den Bundespräsidenten, in dem sie auf die folgenschweren Konsequenzen der damals geplanten Wehrgesetznovelle hinwiesen.

HANS WINKLER, KOLUMNIST DER TAGESZEITUNG «DIE PRESSE», ZUR LAGE DES ÖSTERREICHER BUNDESHEERES

Anlass dafür war die von der Minderheitsregierung Kreisky beabsichtigte Verkürzung der Wehrdienstzeit auf sechs Monate. Die SPÖ hatte die Wahl im März 1970 unter anderem mit dem Versprechen «Sechs Monate sind genug» gewonnen.

Die Offiziere wussten, dass an der Verkürzung des Wehrdienstes nicht mehr zu rütteln war und erkannten sie als «politische Realität» an. Sie warnten jedoch vor den Folgen der bevorstehenden Entscheidung. Was damals von Medien als «Aufstand der Offiziere» und als «Offiziersintrige» bezeichnet wurde, liest sich heute recht harmlos. Aber auch 43 Jahre danach ist es von überraschender Aktualität.

Volk pro Wehrpflicht

Vor allem zweifelten die Offiziere daran, dass mit sechs Monaten Wehrdienst und 75 Tagen Wiederholungsübungen das «Reserveheer im erforderlichen Umfang zu erhalten» sei. Man meint, in der heutigen Massregelung des Präsidenten des Milizverbands, Brigadier Michael Schaffer, durch den Generalstabschef Othmar Comenda noch die Hintergrundstrahlung jenes Urknalls von 1971 wahrzunehmen.

Die Aktion der Offiziere nahm ihren Ausgang vom Lehrgang jenes Jahres der Militärakademie in Wiener Neustadt. Kreisky war schon im Februar 1971 an der Akademie zu einer dreistündigen Diskussion mit angehenden Offizieren gewesen.

Jetzt aber zur Frage: Militärische Landesverteidigung heute? Welche Dimensionen hat sie, welche Rolle spielt sie im Denken des Bundesheers? Diese Frage steht eigentlich im Hintergrund der aktuellen Debatte um das Heer.

Die Entscheidung für die Wehrpflicht bei der Volksbefragung im Januar 2013 war für die Planer im Bundesheer ein grösserer Schock als für die Öffentlichkeit. Seit unter Günther Platter mit der Zerstörung der Miliz begonnen wurde, hatte man bei allen Planungen ein künftiges Berufsheer mit einer besonderen Auslandsorientierung im

Hinterkopf. Seit der Zilk-Kommission spukte die internationale Brigade mit mehreren tausend Mann unter österreichischem Kommando in den Köpfen herum. Das war aber weder finanzierbar noch mit Rekruten und Milizsoldaten zu realisieren. Dazu hätte man die – erwarteten oder erhofften – Berufssoldaten gebraucht.

Ambivalenter Beitrag

Wenn man sich aber von der zentralen Idee der Landesverteidigung innerlich verabschiedet, hat Streitkräfteplanung keinen sinnvollen Ansatzpunkt und hängen die Aufgaben des Heers im Inneren in der Luft. Die Haltung zum Beitrag des Heers zur inneren Sicherheit war immer schon ambivalent. Einerseits möchte man zurecht nicht als bessere Zivilschutzorganisation gesehen werden, andererseits den Prestigefaktor Katastrophenschutz nicht missen.

Exemplarisch wurde das bei den Hochwassern 2013. Als mancherorts das Bundesheer gar nicht angerufen und sofort Feuerwehrgar oder Rotes Kreuz geholt wurden, herrschte beleidigte Betroffenheit im Heer. Hellsichtige haben erkannt, dass damit ein wichtiger Faktor für die Akzeptanz des Heers in der Bevölkerung in Gefahr gerät und zudem die Feuerwehren noch mehr öffentliche Mittel in ihre Kanäle lenken. Der überzeugende Einsatz des Heeres bei Katastrophen nährt auch das Verständnis für seine strikt militärischen Aufgaben.

Ein neues Zauberwort

Das neue Zauberwort in den militärischen Planungen heisst Einsatzwahrscheinlichkeit. Da die grosse «Panzerschlacht im Marchfeld» nicht zu erwarten ist, brauche man nur noch so viele Panzer wie zur Erhaltung des Know-how der Panzerbedienung und -pflege benötigt werden.

Die restlichen 40 Stück sollen verkauft werden. Als Preis für einen gebrauchten Leopard-2 werden 400 000 Euro kolportiert, manche Experten rechnen allerdings nur mit 200 000 Euro pro Stück. Der Preis

eines neuen Panzers dieser Marke und Qualität beläuft sich dagegen auf rund sechs Millionen. Anschaffungsvorgang und die Indienststellung dauern sieben Jahre!

Da ist fraglich, ob Einmotten nicht die bessere Methode wäre. Wundern mag man sich auch darüber, dass das Militär so leicht hin die Zahl seiner schweren Waffensysteme reduzieren will, deren Besitz und Einsatz ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal des Heers von der Polizei ist, worauf das Heer ja immer Wert legt.

Welche Einsätze man führen will und welche notwendig sind, muss ständig neu beurteilt werden. Wie schnell sich die geopolitische Lage aber ändern kann, haben wir in den letzten Monaten in Europa und im Nahen Osten erlebt. Was auf dem Balkan ausgebrütet wird, lässt sich nur ahnen. Wer weiss, ob die Vorwarnzeit, von der in den militärischen Planungen ausgegangen wird, nicht schon zu laufen begonnen hat?

Die Schweiz tickt anders

Die mittlerweile beschlossene neue Verteidigungsstrategie hat einen weiteren Horizont. Die in der Verfassung grundgelegte Verpflichtung zur militärischen Landesverteidigung gilt unabhängig von aktuell erwartbaren Bedrohungen. Es geht um die sicherheitspolitische Beurteilung der Lage in einem Raum und darum, was ein Land dort zur Stabilität beitragen kann.

Wie viele schwere Waffen das Bundesheer braucht, hängt davon ab, was von einem Land wie Österreich in seiner spezifischen Situation erwartet werden kann. *Die Schweiz in einer weniger exponierten Lage leistet sich jedenfalls doppelt so viele – nicht eingemottete – Panzer wie Österreich.* Ein leistungsfähiges Bundesheer trägt auch dazu bei, dass Österreich sein sicherheitspolitisches Umfeld mitgestaltet.

Es gibt für die militärische Planung seit jeher ein Bild, das immer gültig bleibt: Eine Brandschutzversicherung schliesst man auch nicht erst ab, wenn man einen Brand unmittelbar erwartet. 